

WAHLPRÜFSTEINE

mit Fragen an die Parteien zur Landtagswahl

am 08.10.2023 in Hessen

DIE LINKE HESSEN

1. Was gedenken Sie zu tun, um die Arbeit der Tierheime und Tierschutzvereine zu unterstützen?

An erster Stelle steht eine bedarfsdeckende Finanzierung durch Landesmittel. Die Tierheime nehmen eine wesentliche öffentliche Aufgabe wahr, die auch entsprechend finanziert werden muss. Gleichzeitig ist es wichtig auf Landesebene das Tierschutzgesetz konsequent durchzusetzen und so den Tierschutz und damit die Ziele der Tierschutzvereine so praktisch umzusetzen.

2. Werden Sie sich für eine auskömmliche und gesicherte Finanzierung von Tierheimen und Wildauffangstationen einsetzen? Wenn nein, warum nicht?

Ja, durch Landesmittel und bedarfsdeckend.

3. Was halten Sie von einer Nutzung der kommunal erhobenen Hundesteuern zur Unterstützung der örtlichen Tierschutzheime und Tierauffangstationen?

Das wird nicht notwendig sein (s.o.)

4. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um das Ehrenamt im Tierschutz zu stärken?

Durch eine auskömmliche Finanzierung wird das Ehrenamt im Tierschutz nicht mehr mit der Frustration verbunden sein, mit der es heute verbunden ist. Zugleich steht DIE LINKE dafür, dass die Menschen im Alltag entlastet werden zB. durch eine gute soziale Sicherung, durch gute Arbeit und höhere Löhne Hier wird dann auch mehr Energie frei für ehrenamtliches Engagement.

5. Werden Sie sich für einen landesweit verbindlichen und dem Staatsziel Tierschutz Rechnung tragenden Fundtiererlass in Hessen einsetzen?

Ja.

6. Werden Sie sich für den eine Ausweitung des Stiftungszwecks hinsichtlich einer Erweiterung um Energiekosten und energetische Maßnahmen und eine Aufstockung der Mittel der Hessischen Stiftung Tierschutz einsetzen? Wenn nein, warum nicht?

Ja. Langfristig wird dies mit uns aber nicht mehr notwendig sein, da wir uns für eine bedarfsdeckende Finanzierung einsetzen. Hierzu gehören auch Investitionskosten.

7. Werden Sie sich für eine effektive gesetzliche Regulierung des Online-Handels einsetzen mit dem Ziel, dass nur derjenige, der nachweislich sachkundig ist, seiner Beratungspflicht nachkommt und ggf. für eine Rücknahme der Tiere einsticht, Tiere an Dritte abgeben darf?

Ja.

8. Werden Sie sich für eine Zentralstelle für die Überwachung des Internethandels mit Tieren vglb. der Zentralstelle „g@zielt“ zur Überwachung des Internethandels mit Lebensmitteln, einsetzen?

Ja.

9. Werden Sie sich für den Erlass einer landesweiten Katzenschutz-Verordnung einsetzen? Wenn nein, warum nicht?

Ja.

10. Werden Sie sich für die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für landesweite Kastrationsprogramme bei freilebenden Hauskatzen einsetzen? Wenn nein, warum nicht?

Ja.

11. Werden Sie sich für die Abschaffung der Rasseliste und die Einführung eines Sachkundenachweises („Hundeführerschein“) sowie einer Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Hunde einsetzen und wenn ja, wie?

Die völlig unwissenschaftliche Rasseliste schützt nicht vor Beißvorfällen. Die Hundehalter*innen sind verantwortlich für das Verhalten ihrer Hunde. Damit sie diese Verantwortung gut nachkommen können, brauchen sie Sachkunde, die im Rahmen eines Tests nachgewiesen werden sollte. Hierbei ist es wichtig, dass dieser für alle bezahlbar sein muss, also die Kosten sozial gestaffelt werden. Mit einer Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht ist eine Haftung sichergestellt und eine verlässliche Statistik möglich. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dies per Erlass geregelt wird.

12. Werden Sie sich für eine konsequente Überwachung und Verfolgung von sogenannten Qual-Zuchten und ggf. deren Zuchtverbot einsetzen und wenn ja, wie?

Ja, das werden wir. DIE LINKE setzt sich ein für ein klar formuliertes Gesetz, das ohne Schlupflöcher definiert, was als Qualzucht gilt. Zudem müssen die Behörden härter durchgreifen und Kontrollen bei Züchtern durchführen.

13. Werden Sie sich für einen verpflichtenden oder freiwilligen Sachkundenachweis von Hundehaltenden einsetzen und wenn ja, wie?

Wir wollen einen verpflichtenden Sachkundenachweis einführen. Nur so können Beißvorfälle am besten vermieden werden. Dieser muss niedrigschwellig sein und die Kosten müssen sozial gestaffelt sein. Langjährige Hundehalter*innen ohne auffällige Hunde sollten von der Nachweispflicht ausgenommen werden.

14. Werden Sie an Hundehaltung interessierte Menschen und Hundehaltende z.B. im Rahmen einer Aufklärungsoffensive unterstützen, um die hohe Anzahl in Tierheimen abgegebener Hunde zu reduzieren?

Wir wollen Halter*innen, die in finanzieller Not sind unterstützen um eine Abgabe zu

vermeiden. Es muss zB. finanzielle Mittel geben, um Kosten für tierärztliche Behandlungen auf Antrag abzudecken. Auch Trainerstunden für Halter*innen auffälliger Hunde könnten so finanziert werden, um eine Abgabe zu vermeiden. Mit der Adoption eines Hundes aus dem Tierheim sollten z.B. steuerliche Vorteile verbunden sein.

15. Werden Sie sich für einheitliche Ausbildungsvoraussetzungen für Hundetrainer einsetzen und wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?

Ja.

16. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass klare Richtlinien und Rechtssicherheit für Wildtierauffangstationen geschaffen und die erforderlichen finanziellen Mittel bereitgestellt werden?

Selbstverständlich. Die Wildtierauffangstationen leisten eine sichtige gesellschaftliche Aufgabe und sollten ebenso wie die Tierheime einen sicheren Rechtsrahmen haben und mit Landesmitteln finanziert werden.

17. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Haustierabschuss in Hessen verboten wird?

Selbstverständlich.

18. Werden Sie sich dafür einsetzen, den vernünftigen Grund im Sinne des Tierschutzgesetzes für die Tötung eines Tieres ausdrücklich im Jagdgesetz zu verankern, wie es in Baden-Württemberg bereits der Fall ist (§ 2 Abs. 6 JWVG)?

Ja.

19. Werden Sie sich für die Einführung eines unabhängigen und seriösen WildtiermonitoringVerfahrens einsetzen, wie sie im Entwurf der Hessischen Jagdverordnung (HJagdV) 2015 noch vorgesehen war?

20. Werden Sie sich für ein Verbot der Jagdhundeausbildung an lebenden Enten und Füchsen einsetzen? Wenn nein, warum nicht?

Ja.

21. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass statt pauschaler Bejagung die Auswahl der geeigneten Maßnahmen „im Einzelfall und nach pflichtgemäßem Ermessen der zuständigen Behörden der Länder“ erfolgen muss?

Ja.

22. Werden Sie sich für eine Aufstockung der Forschungsförderung und die Einrichtung einer koordinierenden Stabsstelle „Tierversuchsfreie Forschung“ an einer der Universitäten einsetzen?

Ja.

23. Werden Sie sich weiter für eine gezielte Förderung tierfreier Verfahren auf Landesebene einsetzen?

Ja.

24. Werden Sie sich für die Etablierung weiterer Maßnahmen wie Vorlesungen, Seminare und Pflichtveranstaltungen zum Thema sowie Möglichkeiten für Studierende, Tierversuch in der Lehre ohne Nachteile zu vermeiden, einsetzen?

Ja.

25. Werden Sie sich in Regierungsverantwortung als Land Hessen auf Bundesebene einen konsequenten Reduktionsplan einfordern und sich für eine Reform des Genehmigungsverfahrens sowie für strikte und engmaschige Kontrollen von Tierversuchseinrichtungen einsetzen?

Ja.

26. Werden Sie sich in Regierungsverantwortung als Land Hessen auf Bundesebene für ein Ende der Käfighaltung von Tieren und sich für ein bundesweites Verbot tierschutzwidriger Haltungsformen wie etwa der Anbindehaltung von Rindern, der Kastenstandhaltung von Sauen, der Haltung von Tieren in Engaufstallung und nicht-kurativen Eingriffen zur Anpassung an Haltungssysteme einsetzen?

Ja.

Werden Sie sich für konkrete, tierschutzkonforme Vorgaben für die Haltung von Milchkühen, Mastrindern, Schafen und Ziegen sowie von Gänsen, Enten, Wachteln und Straußenvögeln einsetzen?

Ja.

27. Werden Sie sich für eine Überarbeitung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung im Sinne einer artgerechten Haltung (z.B. Haltung von Kaninchen, Haltung von Schweinen) einsetzen?

Ja.

28. Werden Sie möglichen Anpassungsbedarf beim EU-Tiergesundheitsrecht hinsichtlich der so genannten Geflügelpest (hochpathogene Aviäre Influenza, HPAI) auf Grundlage der aktuellen Risikoeinschätzung des FLI prüfen lassen und ggf. die Veterinärbehörden zu einer differenzierten Vorgehensweise anhalten.

Ja.

29. Werden Sie sich für eine landesweit tierschutzgerechtere Ausgestaltung der landwirtschaftlichen Tierhaltung einsetzen und dabei auch die Expertise von Tierschutzorganisationen heranziehen?

Ja.

30. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in Hessen Rahmenbedingungen durch die Justiz geschaffen werden, die es den Staatsanwältinnen und –anwälten den Vollzug der Rechtsvorschriften und die Aufnahme von Ermittlungen erleichtern?

Ja.

31. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Tierquälerei in das Strafgesetzbuch aufgenommen wird?

Ja.

34. Werden Sie sich für die Einführung eines Verbandsklagerechts in Hessen einsetzen?

Ja.

35. Welche tierschutzrelevanten Themen – außer den bereits angesprochenen – sind Ihrer Meinung nach besonders wichtig, und welche Initiativen werden Sie dazu in der kommenden Legislaturperiode auf den Weg bringen?

Wir wollen die Tierversuche abschaffen und der Rasseliste ein Ende setzen. Wir wollen ein Heimtierschutzgesetz auf den Weg bringen und ein Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände. Wo Tiere gehalten werden müssen die Haltungsbedingungen der Tiere an deren Bedürfnisse angepasst werden.